

Weingarten (vm). Der CDU-Gemeindeverband Weingarten hat seine öffentlichen Veranstaltungen mit offenen Bürgergesprächen zu aktuellen kommunalpolitischen Themen neu belebt, und diese sind bisher auf eine positive Bilanz in der Bevölkerung gestoßen. Dieses Fazit zog Vorsitzende Andrea Friebel bei der Jahreshauptversammlung der CDU.

Erinnert wurde an die Bürgergespräche mit Vertretern des Turn- und Sportvereins, wobei es um dessen geplante Verlagerung von der Waldbrücke zur Walzbachhalle ging. Oder auch an die Veranstaltung zur Energiewende. Das Gespräch mit den gewerbetreibenden und den Einzelhändlern im Ort

„Regionale Planung fehlt“

Rückblick beim CDU-Ortsverband in Weingarten

war nicht nur gut besucht, sondern hat ein schwieriges Thema aufgegriffen: Es kamen insbesondere die Leerstände von Verkaufsflächen zur Sprache. Auch die aktuellen Probleme der Einzelhändler wurden aufgegriffen. Schließlich ging es bei den Bürgergesprächen um den Lärmschutz in der Waldbrücke.

Der Bericht von Schatzmeister Georg Busch dokumentierte, dass der Gemeindeverband finanziell auf gesunden Beinen steht.

Landtagsabgeordneter Joachim Kößler befasste sich unter anderem mit der Schulpolitik der grün-roten Landesregierung. Im Zusammenhang mit der Einführung der Gemeinschaftsschule sei zu bemängeln, dass eine regionale Schulplanung fehle. Die Spreizung der Leistungsniveaus der Schüler in der Gemeinschaftsschule sei groß. Das laufe darauf hinaus, dass die Mitte wohl gestärkt werde, aber der untere Bereich abfalle und die begabteren Schüler un-

terfordert blieben. Der Run aufs Gymnasium werde eher noch zunehmen und die bewährte Realschule untergraben. Ob sich die Erwartungen erfüllen, die sich die Landesregierung von der Einführung der Gemeinschaftsschule verspricht, bleibe abzuwarten.

Kritisch ging der Landtagsabgeordnete Kößler auch mit der Finanzpolitik von Grün-Rot ins Gericht. Trotz eines Rekords an Steuereinnahmen wolle die Landesregierung 3,3 Milliarden neue Schulden aufnehmen und die Nullverschuldung erst ab 2020 anstreben. Die CDU werde insbesondere die Wirtschafts- und Familienpolitik sowie das Thema Bildung in den Fokus ihrer künftigen Politik stellen.